

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft

Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln, Tel: 0221- 5736 0, Fax: - 5736-203

sekretariat@koelner-hug.de

www.koelner-hug.de



Pressedienst

An die
Lokalredaktion

Köln, den 23.12.2011

Grundsteuererhöhung

Verein wird Klage prüfen

Konrad Adenauer, Vorsitzender des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins, ist über das Vorgehen der Rot-Grünen Ratsfraktion verärgert: „Was Rot-Grün hier veranstaltet, grenzt schon an Volksverdummung. Erst entscheidet man sich bewusst gegen die Grundsteuererhöhung - aus welchen Motiven auch immer - um dann einen Tag später diesen Beschluss in einem Eilverfahren am Rat vorbei wieder aufzuheben.“

Adenauer hält das Vorgehen sowohl für undemokratisch als auch juristisch fragwürdig. „Wir werden den Entscheid, wenn er gefallen ist, juristisch überprüfen und falls notwendig dagegen Klage erheben. Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen.“ Die finanziellen Auswirkungen auf die Stadtkasse wären auch beim Ratsentscheid bekannt gewesen. Die Begründung, dass die Stadt nun finanziellen Schaden nehme und dieser abzuwenden sei, greift nicht. Adenauer: „Wer einen Entscheid so begründet, der ist nicht in der Lage, die Konsequenzen seines Handels zu überblicken. Das ist für die Politik dieser Stadt ein beunruhigendes Vorzeichen.“

Adenauer hält die gesamte Grundsteuerdebatte für überflüssig. Die Stadt Köln sei gut beraten, zuerst alle Sparmaßnahmen zu prüfen, bevor man dem Bürger in die Tasche greife. Das Leben in Köln sei schon teuer genug, um die Lebenshaltungskosten noch zu erhöhen. Schließlich treffe die Steuererhöhung nicht nur die Eigentümer, sondern auch jeden Mieter.

Als völlig lebensfremd bezeichnet Adenauer auch die Aussage von Jörg Frank, dem stv. Fraktionsvorsitzenden der Grünen. Dieser hatte gesagt, dass zwei Grundsteuererhöhungen hintereinander dem Bürger nicht zuzumuten wären. Adenauer: „Das ist schon Sarkasmus der besten Art. Was kümmert es den Bürger, ob er nun eine Erhöhung von zwei mal 15 Prozent oder von einmal 30 Prozent bezahlen muss. Er muss es bezahlen, und nur darum geht es. Das ist Politik am Bürger vorbei.“